



Stadtentwicklung

Patrick Rérat

Originalversion in französischer Sprache

DOI: <https://doi.org/10.33058/seismo.30739.0220>

Erstveröffentlicht: December 2020

Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik

Jean-Michel Bonvin, Valérie Hugentobler, Carlo Knöpfel, Pascal Maeder, Ueli Tecklenburg (Hrsg.)

Veröffentlicht von: Seismo Verlag, Zürich und Genf

ISBN ePDF 978-3-03777-739-8

ISBN Print 978-3-03777-177-8

Zitiervorschlag: Rérat, Patrick. 2020. Stadtentwicklung. In Jean-Michel Bonvin, Valérie Hugentobler, Carlo Knöpfel, Pascal Maeder, Ueli Tecklenburg (Hrsg.), *Wörterbuch der Schweizer Sozialpolitik*. Zürich: Seismo Verlag, DOI <https://doi.org/10.33058/seismo.30739>.

Der urbane Raum beschränkte sich während langer Zeit auf das Gebiet einer einzelnen Gemeinde: die Stadt, die sich klar gegen das umliegende Land abgrenzte. Im Laufe massiver Veränderungen wurde diese traditionelle Stadt allmählich durch die städtische «Agglomeration» abgelöst. Gemäss der seit 2012 geltenden Definition des Bundesamtes für Statistik besteht der urbane Raum der Schweiz aus 49 Agglomerationen, die mehr als 1 000 Gemeinden, 73 % der Bevölkerung und 79 % aller Arbeitsplätze des Landes umfassen. Agglomerationen setzen sich aus einer Kernstadt und einem Gürtel zusammen, wobei der Agglomerationsgürtel aus denjenigen Gemeinden besteht, die nach morphologischen oder funktionalen Kriterien stark mit dem Kern verbunden sind. Im Allgemeinen wird zwischen Vorortgemeinden (Kontinuität der Bebauung mit dem Kern, hohe Dichte, Gewerbezone, grosse Wohnblocks usw.) und Randgemeinden (überwiegend ländliches Erscheinungsbild, geringe Dichte, vorwiegend Einfamilienhäuser, hoher Pendleranteil usw.) unterschieden.

Die auffälligste Dynamik in der Raumentwicklung bildet seit den 1960er Jahren die Zersiedelung, das heisst, das stetige Wachstum von Vororten und Randgemeinden. Diese Ausdehnung der Agglomerationen ist die Folge mehrerer Faktoren, welche die Standortwahl von Haushalten und Unternehmen beeinflussen. Bestimmte Unternehmen – beispielsweise Industriebetriebe, Logistikfirmen oder Einkaufszentren – bevorzugen Standorte mit guter Verkehrsanbindung und grossflächigen, preisgünstigen Grundstücken. Eine noch wichtigere Rolle bei der Zersiedelung spielt der Wohnbau, der zunehmend auch in weit vom Zentrum entfernte Gemeinden vordringt. Je nach Periode und Bevölkerungskategorie lässt sich die Ausdehnung des Wohnbaus unterschiedlich erklären. Einerseits haben steigende Wohnansprüche (Wunsch nach einem Eigenheim, grosszügigerer Wohnraum, Nähe zur Natur, günstiges Umfeld für Kinder usw.) einen Einfluss, andererseits aber auch der wirtschaftliche Druck (Angebotsmangel am Immobilienmarkt, hohe Preise für geräumige Wohnungen in den Zentren usw.). Ermöglicht wurde diese Entwicklung durch die Verbreitung des Privatautos, das es vielen Bevölkerungsgruppen ermöglichte, weit von ihrem Arbeitsort entfernt zu wohnen. Immobilienunternehmen förderten die Zersiedelung zusätzlich, aber auch Gemeinden, welche die Aufnahme neuer Einwohner als Entwicklungsstrategie verfolgten.

Die Ausdehnung ins Umland bleibt zwar nach wie vor der dominierende Trend in der Stadtentwicklung, doch auch die Kernstädte haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt. Von 1970 bis 2000 nahm die Einwohnerzahl in den meisten Zentren ab, was an einer Kombination verschiedener Faktoren lag: Umzug von Familien in die Vororte, Alterung der Bevölkerung, durchschnittlich kleinere Haushaltsgrössen und grössere Wohnflächen. Seit Anfang der 2000er Jahre ist



hingegen wieder ein Wachstum der Bevölkerungszahlen in den Zentren («Reurbanisierung») festzustellen, was vor allem auf die Zuwanderung aus dem Ausland und den Zuzug junger Erwachsener zurückzuführen ist. Auffallend ist auch, dass in einzelnen zentralen Quartieren in Neubauten oder Gebäudesanierungen zugunsten der oberen Mittelschicht («Gentrifizierung») investiert wird. Dies wirft das Problem auf, dass Haushalte mit tiefen Einkommen in Vorortgemeinden verdrängt werden, wo ihr Zugang zu den städtischen Einrichtungen und Infrastrukturen erschwert ist.

Es ist wichtig festzuhalten, dass Städte trotz ihrer wiedergefundenen Attraktivität weiterhin überdurchschnittlich hohe Sozialhilfequoten aufweisen. In den sechs Grossstädten (Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern und Winterthur) lebt ein Viertel aller Leistungsbeziehenden, aber nur ein Siebtel der Bevölkerung des Landes. Diese Tatsache erklärt sich dadurch, dass in den Städten sowohl wirtschaftlich als auch sozial schlechter gestellte Menschen (wenig qualifizierte Zugewanderte, Alleinerziehende, junge Menschen mit Schwierigkeiten bei der Arbeitsintegration usw.) überrepräsentiert sind. Diese Gruppen finden auf dem städtischen Immobilienmarkt eher passende Angebote, weil hier kleine und alte Wohnungen verfügbar sind. Die Städte haben mit diversen Massnahmen auf dieses Phänomen reagiert, wie die Entstehung der «Städteinitiative Sozialpolitik» beispielhaft zeigt. In gewissen Vorortgemeinden wird die herrschende Dynamik im Wohnbereich vermehrt soziale Fragen in den Fokus rücken. Dasselbe gilt für die Überalterung, von der vor allem jene Gemeinden betroffen sind, die vor einigen Jahrzehnten ein starkes demografisches Wachstum erlebten und deren Bevölkerung mittlerweile am Ort gealtert ist.

Die «Metropolisierung» ist ein weiteres Phänomen, das die Urbanisierung in der Schweiz prägt. Damit ist einerseits die Stärkung der grössten Agglomerationen (mit Bevölkerungskonzentration, hoher Wertschöpfung, Wohlstand) gemeint und andererseits die Entstehung eines Netzwerks von Schweizer Städten. Diese Vernetzung liegt der Hypothese zugrunde, dass eine «Metropole Schweiz» im Entstehen begriffen ist – konkreter Ausdruck einer Vision von Rousseau, der bereits im 18. Jh. die Schweiz als eine in Quartiere gegliederte Grossstadt sah.

Die Debatten der letzten Jahre konzentrierten sich grösstenteils auf die negativen Auswirkungen der Zersiedelung. Anlässlich der Abstimmung über die Revision des Raumplanungsgesetzes im Jahr 2013 wurden insbesondere der Landverschleiss und die Zersiedelung der Landschaft hervorgehoben. Kritik an der «ausufernden Stadt» richtete sich ausserdem gegen die Dominanz des Autoverkehrs (und dessen negative Auswirkungen hinsichtlich Energieverbrauch und Schadstoffemissionen) sowie gegen die hohen Folgekosten von Siedlungen mit geringer Dichte. Gleichzeitig stiess das rasche demografische und wirtschaftliche Wachstum der Schweiz und die Veränderungen der Lebensstile in den 2000er Jahren mit der nachhinkenden Entwicklung des Wohnungsmarktes und der Verkehrsinfrastruktur zusammen. Diese Diskrepanz führte unter anderem zu höheren Immobilienpreisen und einer verstärkten – manchmal als Übersättigung empfundenen – Nutzung der Verkehrsinfrastruktur.

Als Reaktion auf die negativen Auswirkungen der «ausufernden Stadt» wurde das Modell der «kompakten Stadt» vorgeschlagen. Zu diesem Modell gehört die Siedlungsentwicklung nach innen, ein verdichtetes Bauen (z. B. durch Sanierung ehemaliger Industriegebiete) und eine auf den öffentlichen Verkehr und aktive Mobilität ausgerichtete Stadtentwicklung. Eine zentrale Herausforderung für die Raumentwicklung besteht darin, die Prinzipien der Verdichtung anzuwenden und zugleich für alle Bevölkerungsgruppen eine hohe Lebens- und Wohnqualität zu gewährleisten, insbesondere unter Berücksichtigung der Kaufkraft. Diese neue Art des Städtebaus umfasst innovative Ansätze wie die Berücksichtigung der Lebensstile und Wohnansprüche, die Unterstützung gemeinnütziger Bauträger (z. B. Wohnbaugenossenschaften) oder die Umsetzung partizipativer Ansätze um für alle eine hohe Lebensqualität zu erreichen.

Literaturhinweise

Bassand, M. (2004). *La métropolisation de la Suisse*. Lausanne: Presses Polytechniques et Universitaires Romandes.

Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2014). *Raum mit städtischem Charakter 2012*. Neuenburg: Bundesamt für Statistik.

Rérat, P. (2015/6). The return of cities: the phenomena of demographic decline and renewal in Swiss cities. *Espace, populations, sociétés*, 3/1, online. <http://journals.openedition.org/eps/6204>